



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 17. Ratssitzung vom 30. September 2026

738. 2026/222

Weisung vom 13.05.2026:

Immobilien Stadt Zürich, Polizeistandort Fabrikstrasse, Umbau mit Einbau Sicherheitsschalter, Zusatzkredit

Antrag des Stadtrats

Für den Umbau mit Einbau eines Sicherheitsschalters an der Fabrikstrasse 1 wird zu den mit STRB Nr. 347/2026 bewilligten neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 1 580 000.– ein Zusatzkredit von Fr. 960 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 2 540 000.– (Preisstand 1. April 2024, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat:

Karin Weyermann (Die Mitte): Es geht um einen Zusatzkredit für einen Umbau mit Einbau eines Sicherheitsschalters beim Polizeistandort Fabrikstrasse 1. Für die Sicherheit der Mitarbeitenden soll ein Sicherheitsschalter eingebaut werden. Gemäss der Standort- und Raumbedarfsstrategie der Stadtpolizei werden die Regional- und Quartierwachen schrittweise in drei Stützpunkten und im Hauptstandort zentralisiert. Der Standort Fabrikstrasse soll bis zur Inbetriebnahme des Stützpunkts West im Jahr 2033 weiterbetrieben werden. Der Polizeiliche Assistenzdienst (PAD) ist heute am Standort Förrlibuck untergebracht. Wegen der Zusammenführung von Sonderkommissariat und Konsulatschutz braucht er mehr Platz und damit einen alternativen Standort. Der Polizeistandort Fabrikstrasse eignet sich in Kombination mit den bisher vom Bevölkerungsamt genutzten Flächen im zweiten Obergeschoss als langfristiger Stützpunkt für den PAD. Im zweiten Obergeschoss sollen zusätzliche Räume zu Schreibräumen umgenutzt und eingerichtet werden. Auch im Erdgeschoss sollen einige Räume umgenutzt werden. Zudem sollen die Verpflegungsmöglichkeiten erweitert werden. Die vorhandenen Garderoben im Erdgeschoss und im Untergeschoss müssen vergrössert werden, damit es Platz für 150 Mitarbeitende gibt. Im ersten Obergeschoss befinden sich künftig die operative Führung des PAD-Kommissariats sowie geschlechtergetrennte Ruheräume. Die sicherheitstechnischen Anlagen, insbesondere der Sicherheitsschalter, sind für die Nutzung durch den PAD erforderlich. Bei dieser Gelegenheit sollen auch die anstehenden Instandsetzungsarbeiten vorgenommen werden, damit der Standort gebrauchstauglich bleibt. Die Sicherheitseinrichtungen und die Elektrotechnik sind stark veraltet. Brandschutz und



Fluchtwege erfüllen die Anforderungen nicht mehr. Die IT-Einrichtungen müssen auf den aktuellen Stand der Technik gebracht und nach den Sicherheitsanforderungen der Stadtpolizei gestaltet werden. Dazu gehört auch, die Infrastruktur der verschiedenen städtischen Nutzenden zu entflechten. Dafür sind einige Massnahmen in den Räumen des Stadtmann- und Betriebsamts im Kreis 5 im zweiten Obergeschoss notwendig. Auch dort sollen die fälligen Instandsetzungsarbeiten umgesetzt werden. Mobiliar und Beleuchtung, die das Ende ihrer Lebensdauer erreicht haben, sowie abgenutzte Oberflächen sollen ersetzt werden. Die Gesamtausgaben betragen 6,42 Millionen Franken. Davon sind 3,84 Millionen Franken gebundene und 2,58 Millionen Franken neue einmalige Ausgaben. Für den Umbau wird zu den bereits bewilligten Ausgaben von 1,58 Millionen Franken ein Zusatzkredit 960 000 Franken beantragt.

Weitere Wortmeldungen:

Nina Eggenschwiler (SP): *Die Vorlage hat zwei positive Punkte. Die städtische Fläche wird für den Umzug des PAD an die Fabrikstrasse sinnvoll weitergenutzt, das schafft Synergien. Zudem werden die notwendigen Instandsetzungen am 40-jährigen Gebäude erledigt. Das Sanierungsvorhaben wirkt ausgewogen. Die Elektrotechnik ist stark veraltet; Anforderungen an Brandschutz und Fluchtwege werden zurzeit nicht eingehalten.*

Yves Henz (Grüne): *Die Grüne-Fraktion enthält sich beim Zusatzkredit. Wir erkennen, dass die Mitarbeitenden an der Fabrikstrasse gute und sichere Arbeitsbedingungen brauchen und dass Brandschutz und Fluchtwege heute ungenügend sind. Die Instandsetzungen unterstützen wir. Sie gelten aber als gebundene Ausgaben und sind darum nicht Teil des Entscheids des Gemeinderats. Beim Zusatzkredit geht es um etwas anderes. Der Polizeistandort an der Fabrikstrasse soll ausgebaut werden. Die Gesamtkosten des Projekts steigen damit auf 6,4 Millionen Franken, dazu kommen jährliche Folgekosten von 550 000 Franken. Unsere Enthaltung zeigt, wo wir in dieser Stadt die Prioritäten sehen. Zürich steht vor sehr grossen Aufgaben. Viele Menschen finden keine bezahlbaren Wohnungen und werden aus unserer Stadt verdrängt. Gleichzeitig eskaliert die Klimakrise, das macht das Netto-Null-Ziel dringender denn je. Unsere Quartiere brauchen mehr Grünraum mit Platz für Biodiversität, insbesondere als Schutz vor zunehmender Hitze. Angesichts dessen ist der Ausbau einer Polizeiwache nicht prioritär. Wenn wir Millionen investieren, wünschen wir uns, dass das Geld in erster Linie in günstigen Wohnraum, die Energiewende, soziale Sicherheit und lebenswerte Quartiere fliesst.*

Stephan Iten (SVP): *Ich versuche zu verstehen, was Yves Henz (Grüne) uns erklären wollte. Ist es zu teuer, weil die Polizei dort untergebracht ist? Sonst schaut ihr nie auf den Preis, meistens darf es sogar ein bisschen mehr kosten. Aber weil die Polizei im Gebäude ist, sind fünf Millionen Franken zu viel. Oder wollt ihr das Gebäude abreißen, um eine grüne Fläche zu schaffen und damit die Klimakrise abzuwenden? Oder sollen einfach Wohnungen gebaut und die Polizei hinausgeworfen werden? Euch geht es doch nur darum, dass ihr das Geld nicht bewilligen wollt, weil das Wort «Polizei» vorkommt. Dann sagt das so und erzählt nicht irgendwelche Geschichten von Klimakrise und Wohnungsnot, die mit dieser Weisung nichts zu tun haben. Sagt einfach, die Grünen wollen*



für die Polizei kein Geld bewilligen. Ich finde es sonderbar, sonst ist euch das Geld egal.

Sven Sobernheim (GLP): *Gemäss der Vorlage des Gemeinderats liegt das Gebäude in einer Zone, in der Hochhäuser zulässig sind. Wir können also gern zusammen einen Vorstoss für ein neues Hochhaus an der Fabrikstrasse einreichen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Ich möchte erläutern, warum das Projekt gegenüber der ursprünglichen Planung erweitert wurde und weshalb diese Erweiterung sinnvoll ist. Als das Projekt Fabrikstrasse im September 2024 in die Wege geleitet wurde, standen zwei Dinge im Vordergrund: Der Polizeistandort braucht einen zeitgemässen Sicherheitsschalter. Ausserdem müssen verschiedene Teile des städtischen Gebäudes instandgesetzt werden: Elektroinstallationen, Beleuchtung, IT, Brandschutz, Fluchtwege, Garderoben und Duschen. Inzwischen sind im Gebäude zusätzliche Flächen frei geworden. Das Bevölkerungsamt hat sein Callcenter im zweiten Obergeschoss aufgegeben. Diese Räume standen bei der ursprünglichen Planung noch nicht zur Verfügung. Zudem hat sich die Organisation der Stadtpolizei verändert. Heute bietet sich die Möglichkeit, den PAD an der Fabrikstrasse unterzubringen. Die Mitarbeitenden des PAD sind im ganzen Stadtgebiet unterwegs. Sie leisten Patrouillendienst, übernehmen Verkehrsaufgaben, transportieren und betreuen Arrestierte, besetzen Empfangslogen bei der Kriminalpolizei und Uniformpolizei, rapportieren Übertretungen und übernehmen Sicherungs- und Überwachungsaufgaben in der Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB). Etwa 60 Prozent ihrer Tätigkeiten sind Einsätze im Freien, die restlichen 40 Prozent sind Schreibtischarbeiten. Weil der PAD im Schichtbetrieb von früh am Morgen bis spät am Abend arbeitet, braucht es neben den Arbeitsplätzen auch Garderoben, Waschmöglichkeiten und Aufenthaltsräume. Der PAD ist heute am Standort Förrlibuck. Dieser Platz wird künftig für das neu geschaffene Kommissariat Bereitschaftspolizei gebraucht. Mit dem Umzug des PAD an die Fabrikstrasse können wir mehrere Bedürfnisse sinnvoll zu einer Win-win-Situation verbinden: Am Förrlibuck entsteht der benötigte Platz, gleichzeitig nutzen wir an der Fabrikstrasse frei gewordene Flächen innerhalb des bestehenden Polizeistandorts.*

Schlussabstimmung

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Karin Weyermann (Die Mitte); Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Reis Luzhnica (SP), Vizepräsidium; Nina Eggenschwiler (SP), Valentina Fazlija (FDP), Anna Graff (SP), Stephan Iten (SVP), Severin Meier (SP), Roman Mörgeli (SVP), Michael Schmid (AL), Patrick Stählin (GLP), Fabian Stieger (Grüne), Dr. Véronique Wavre (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 102 gegen 0 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu.



4 / 4

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für den Umbau mit Einbau eines Sicherheitsschalters an der Fabrikstrasse 1 wird zu den mit STRB Nr. 347/2026 bewilligten neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 1 580 000.– ein Zusatzkredit von Fr. 960 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 2 540 000.– (Preisstand 1. April 2024, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. Oktober 2026 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. Dezember 2026)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat